

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderäte DDr. Eduard Schock, Mag. Gerald Ebinger und David Lasar betreffend erhöhter Versetzungs- und Kündigungsschutz für im Dienste der Allgemeinheit tätigen Berufsgruppen, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 26. Februar 2010 zu Post 28

---

Viele Vertragsbedienstete im Wiener Magistrat oder in den ausgegliederten Unternehmen, Betrieben oder Gesellschaften der Stadt Wien leben sehr gefährlich. Sanitäter, Gesundheits – und Krankenpfleger, Gesundheits – und Krankenpflegeschwestern oder Bedienstete der Wiener Linien werden vermehrt den Attacken aggressiver Patienten bzw. Fahrgäste ausgesetzt.

Sie werden während ihres Dienstes in Schlägereien verwickelt und müssen gewaltbereite Attacken über sich ergehen lassen. Statt ihnen zu helfen, werden besonders bei langen Krankenständen böse Briefe aus der Chefetage geschrieben. Die Täter sind oftmals mittellos, das verletzte Opfer bekommt daher keine Entschädigung, oder die gerichtlichen Schadenersatzverfahren dauern Jahre.

Beispielsweise wurde die Rettung gerufen, weil ein verwirrter, apathischer Afrikaner offenbar Hilfe brauchte. Im Rettungswagen rastete dieser dann plötzlich aus, prügelte wie wild auf eine Sanitäterin ein. Ihr Kollege wollte ihr helfen und ging sofort mutig dazwischen. Da schnappte der tobende Patient zu, biss dem Sanitäter den Mittelfinger der rechten Hand ab und verschluckte die Kuppe.

Ähnliche Vorfälle gibt es in den Spitälern der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund. Private Sicherheitskräfte werden eingesetzt, um das Gesundheits – und Krankenpflegepersonal zu schützen. Die verletzten Bediensteten werden dann in zahlreichen Fällen versetzt oder gekündigt.

Aufgrund dieser unerträglichen Zustände und im Sinne der zahlreichen Bediensteten im Bereich bzw. im Umfeld der Stadt Wien, die im Interesse der Wiener Bevölkerung arbeiten, stellen die gefertigten Gemeinderäte gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, für den Bereich des Magistrats oder der im Bereich der Stadt Wien ausgegliederten Dienstleistungsunternehmen und -betriebe wie zum Beispiel Wiener Linien, Wiener Krankenanstaltenverbund, Wiener Feuerwehr oder Wiener Rettung, Maßnahmen zu veranlassen, damit jene Beschäftigten, die im Dienst der Allgemeinheit tätig sind, einen erhöhten Kündigungs- und Versetzungsschutz erhalten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.